Politische Mobilisierung in Ostmittel- und Südosteuropa

Veranstalter: Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft, Marburg; Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg

Datum, Ort: 13.06.2013–14.06.2013, Marburg

Bericht von: Birgit Vierling, München

Der erste Teil der vom Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft (Marburg) und dem Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (Regensburg) veranstalteten Doppeltagung zur Politischen Mobilisierung in Ostmittel- und Südosteuropa fand vom 13. bis 14. Juni 2013 in Marburg statt. In seinen einführenden Bemerkungen grenzte PETER HASLINGER (Marburg) das allgegenwärtige Phänomen „politische Mobilisierung“ auf Sondersituationen ein, um es für die wissenschaftliche Auseinandersetzung leichter greifbar zu machen. Er nahm zudem eine Systematisierung vor und unterschied Dynamiken und Formen, Diskurse und Praktiken sowie Medien und Akteure der politischen Mobilisierung. Darüber hinaus wies er auf verschiedene Phasen von Mobilisierungsprozessen hin, auf die Wirkungsrichtung der Prozesse (*top down* oder *bottom up*) sowie auch auf die Bedeutung von Peripherie und Zentrum. Des Weiteren sei zu beachten, ob die Mobilisierung einen für sich genommenen Moment oder einen Teil eines größeren Prozesses darstellt. Auch können systemische bzw. antisystemische Komponenten der Mobilisierung eine Rolle spielen sowie die Segmentierung der jeweiligen Gesellschaft. Als ehrgeiziges Ziel der Doppeltagung gab Haslinger – neben einem allgemeinen Input und einer Systematisierung der Thematik – die Entwicklung von Modellkomponenten der politischen Mobilisierung an.

PETRA STYKOW (München) folgte in einer Keynote zur aktuellen politischen Teilhabe in Ostmittel- und Südosteuropa der Fragestellung, ob bzw. inwiefern sich die sozialistische Vergangenheit auf die politische Partizipation in den Staaten dieser geographischen Region auswirkt. Prinzipiell sei die These unbestrit-

ten, wonach die politische Teilhabe im östlichen Europa heute geringer ausgeprägt sei als im westlichen Teil des Kontinents. Stykow verwies auch auf das diametral verschiedene Verhältnis von Partizipationsform und ideologischer Orientierung im westlichen und östlichen Europa. So sind es in den postsozialistischen Staaten vor allem die politisch rechts stehenden Gruppierungen, die aktiv politischen Protest äußern, während im ‚Westen‘ eher politisch links gerichtete Protest artikulieren. Grundsätzlich kann man hinsichtlich der politischen Partizipation – so Stykow mit Nachdruck – im östlichen Europa keinesfalls von einer Rückständigkeit sprechen. Auch im ‚Westen‘ ließen sich ähnliche Strukturen beobachten, welche die Politikwissenschaft durch ihre „westlich getönte Brille“ leider oftmals ausblende.

In der anschließenden Diskussion wurde ein interdisziplinärer Konflikt deutlich. So monierten die in der Mehrheit geschichtswissenschaftlichen Teilnehmer die aus ihrer Sicht zu stark verallgemeinernde Herangehensweise der Sozialwissenschaften, die zu wenig Rücksicht auf die Spezifika der einzelnen miteinander verglichenen Staaten nehmen. Die anwesenden Historiker zeigten erwartungsgemäß ihre deutliche Sympathie für die Analyse der Mikroebene. Oftmals ließen sich Einzelfälle aus sich heraus erklären. Auch das fehlende Abbilden von Dynamiken in den politikwissenschaftlichen Darstellungen oder mangelndes Eingehen auf historische Lernerfahrungen wurde beanstandet. Zudem sei die Anwendung bestimmter Kriterien auf ganze Regionen problematisch, da sie mitunter den lokalen Gegebenheiten nicht entsprechen (z.B. „Religiosität“ im Vergleich USA-Europa). Gleichwohl war man sich einig, dass eine Systematisierung sowie die Entwicklung von Modellen gewisse Generalisierungen notwendig machen. Stykow regte zudem die Entwicklung eines zeitlich mehrstufigen Modells an, wodurch auch auf Trends wie die Globalisierung oder die Entwicklung neuer Medien Rücksicht genommen werden könne.

Die erste Sektion der Tagung widmete sich schließlich dem Themenschwerpunkt „Krise und Radikalisierung“ als aktuellem Politikphänomen. ARON BUZOGÁNY (Speyer) setzte sich mit radikal-nationalen Partei-

en und Bewegungen in Ungarn auseinander und betonte dabei die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Einbindung hinsichtlich des Mobilisierungserfolgs von Bewegungen und Parteien. Er verwies auch auf historische Entwicklungskonstanten wie die Beschwerdepolitik (*sérelmi politika*) als Erbe des Dualismus, die Skepsis gegenüber Landerwerb durch Nicht-Ungarn oder fremdgesteuertem Kapitalismus, das zentrale und immer wiederkehrende „Trianon-Trauma“ sowie auf Strukturzwänge von Regierungsparteien.

PHILIPP KARL (Budapest/Münster) analysierte anschließend das subkulturelle Netzwerk um Jobbik („Bewegung für ein besseres Ungarn“), das die Wähler inzwischen auch im vorpolitischen Raum erreicht und dort entsprechende Angebote zur Verfügung stellt (z.B. Musik, Kleidung, Lebensmittel). Das Internet fungiert dabei als Mobilisierungs- und identitätsstiftende Plattform. Gerade die Internetpräsenzen der Jugendorganisation sind massiv verlinkt. Auch gibt es zahlreiche Facebook-Präsenzen von Jobbik-nahen Organisationen sowie eine transnationale Vernetzung der Rechtsradikalen. Karl verwies darauf, dass diese Netzwerke sowohl real als auch virtuell existieren und jeweils ineinander greifen. Insgesamt geriere sich das Netzwerk radikaler als die ‚Bewegung‘ selbst und erweitere damit das Spektrum, indem es eine weitere Klientel anspreche. Grundsätzlich bedingten sich das Entstehen des Netzwerkes und die Krise gegenseitig.

In der Diskussion wurde mehrfach davor gewarnt, die Bedeutung digitaler Netzwerke zu überschätzen. Nach wie vor sei das persönliche soziale Umfeld entscheidender für die politische Mobilisierung des Einzelnen. Karl betonte jedoch den Aspekt der Anonymität des Internets. Diese erleichtere radikale Äußerungen, was im Hinblick auf politisch extreme Bewegungen durchaus einen Faktor darstelle. Buzogány führte an, dass die Anzahl der sog. „Freunde“ oder der „Likes“ eher für den Nachrichtenwert relevant sei, als dass sie Aufschlüsse über die tatsächliche Anhängerzahl gebe. Jedoch diene sie den Parteien als Legitimationsbeschaffung. Er verwies zudem auf den Aspekt der Jugendkultur, schließlich seien 25 Prozent der unter 25-jährigen Ungarn Jobbik-affin. ROMAN HOLEC (Bratisla-

va) hob die historische Dimension der gegenwärtigen politischen Entwicklung in Ungarn hervor. So seien Kultur und Mentalität wichtige Aspekte, insbesondere historische Bezüge sowie die fehlende demokratische Tradition. Karl stimmte zu und führte an, dass es beispielsweise bei rechtsradikalen Demonstrationen keine Gegendemonstranten gebe. PETER HASLINGER verwies auf die zentrale Rolle des Staates. Aufgrund seiner Absenz habe in Ungarn eine Partei die institutionellen Strukturen für einen politischen Systemwechsel nutzen können. Buzogány erläuterte dazu, dass sich Ungarn von einer Konsens- zu einer Mehrheitsdemokratie entwickelte, was eine einzigartige Entwicklung von einem System zum anderen darstelle.

ADAM SLABÝ (Chemnitz) befasste sich schließlich mit der aktuellen Praxis politischer Mobilisierung in der Tschechischen Republik. Die entscheidenden polarisierenden Mobilisierungstopoi sind dabei auf Seiten der konservativen ODS der „Antikommunismus“, der gegen die Sozialdemokraten (ČSSD) und weniger gegen die Kommunistische Partei (KSČM) gerichtet ist, sowie der von der ČSSD vertretene Antiklerikalismus bzw. Antikatholizismus. Laut Slabý fördern die tschechischen Parteien mit ihren polemischen Mobilisierungsstrategien das Entstehen und Vertiefen gesellschaftlicher Konfliktlinien, was sich zudem negativ auf die Interaktion zwischen Politik und Gesellschaft auswirke und die Gesellschaft anfällig für Populismus und Radikalismus mache.

Im Anschluss erläuterte MIHAI GRIGORE (Mainz) die politischen Entwicklungen in Moldawien nach den Wahlen im April 2009. In den Protesten und Demonstrationen, auf denen der Vorwurf der Wahlfälschung erhoben und Neuwahlen gefordert wurden, war vor allem die jüngere, gebildete Generation aktiv. Mobilisierung und Information erfolgten über neue Medien (Facebook, Twitter, E-Mail und SMS), wobei aber vor allem das Umgehen der staatlichen Zensur im Vordergrund stand. Insgesamt seien die Akteure – neben dem Unmut über die kommunistische Partei – von einer Sehnsucht nach Freiheit und Modernisierung sowie der Hoffnung auf eine Zukunft innerhalb der Europäischen Union motiviert worden. Es erfolgte ein Rekurs auf

nationale Diskurse der Moldawier, zugleich wurde aber auch die gemeinsame Vergangenheit mit Rumänien idealisiert, das in politischer und ökonomischer Hinsicht (z.B. EU-Mitgliedschaft) als Muster und Vorbild betrachtet wurde.

In der Diskussion betonten beide Referenten die endogenen Faktoren der jeweiligen Entwicklung. So sei beispielsweise der „Antikommunismus“ ein speziell tschechisches Phänomen. Grundsätzlich arbeiteten die tschechischen Parteien zwar auch mit ausländischen Beratern zusammen, bislang allerdings lediglich hinsichtlich Methoden politischen Marketings oder der Wahlkampfführung und nicht hinsichtlich der Inhalte.

Das zweite Panel behandelte die symbolischen Ressourcen politischer Mobilisierung. FLORIAN PETERS (Berlin) legte dar, wie die unabhängige Gewerkschaft „Solidarność“ und die um sie gruppierte Oppositionsbewegung Geschichte und Erinnerungskultur als wesentliche Mobilisierungsressourcen nutzten. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise des polnischen Staatssozialismus und des Legitimationsdefizits des politischen Regimes, gelang es der Opposition die daraus resultierende gesellschaftliche Unzufriedenheit zu artikulieren. Sie griff dabei auf Deutungsmuster der polnischen Nationalgeschichte zurück und bot damit letztlich eine glaubwürdigere Alternative zur nationalkommunistischen Meistererzählung.

OLEKSANDR SVYETLOV (Riga/Kiew) veranschaulichte Formen und Praktiken der Propaganda und Massenmobilisierung während der „Orangen Revolution“ 2004 anhand zahlreichen Bildmaterials sowie mithilfe der Berichterstattung in den Medien. Insbesondere auf den Plakaten wurde mit provokativen Gegenüberstellungen der Kandidaten gearbeitet. Die Mobilisierung erfolgte allerdings auch über materielle Anreize, um z.B. Menschen aus der abgelegenen Region Donbas zum Demonstrieren nach Kiev fahren zu lassen. Grundsätzlich war auch hier die junge, gut ausgebildete Generation die Trägerschicht der Proteste, die zudem identitätsstiftend wirkten.

In beiden Fallbeispielen war ein derart hoher Mobilisierungsgrad erreicht worden, dass man sich entweder zu der einen oder zur an-

deren Seite bekennen musste. Während der Diskussion wurde deutlich, dass 2004 in der Ukraine das Internet noch eine geringe Rolle spielte, sondern vor allem der Kontakt über das Telefon als Informations- und Mobilisierungsinstrument diente. Hinsichtlich der polnischen Entwicklung wurde hinterfragt, ob hier nicht auch stärker soziologische und politische Faktoren mit hineinspielten. Peters beharrte jedoch darauf, dass Geschichte kein Ersatzventil für soziale Forderungen war, sondern ein genuines Anliegen der Oppositionsbewegung. Haslinger verwies schließlich am Beispiel der Ukraine auf die emotionalisierende Wirkung von Bildern und plädierte dafür, bei der Analyse von Mobilisierungsprozessen Emotionen stärker zu berücksichtigen.

Im dritten Panel setzten sich die Referenten mit politischer Mobilisierung in spät- und postimperialen Kontexten auseinander. JAKUB BENEŠ (Birmingham) analysierte die Mobilisierungsstrategien der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie in Österreich (1890-1914). Die Parteiarbeit konnte nur im eng gesteckten Rahmen der strukturellen und gesetzlich-konstitutionellen Bedingungen erfolgen. Als Kommunikationsmittel wurden öffentliche Reden, Populärliteratur, ritualisierte sozialdemokratische *Events*, aber auch Bilder eingesetzt. Dabei entwickelte die Utopie von der Erlösung des sozial, politisch und kulturell unterdrückten Arbeiters mobilisierende Kraft. Beneš verwies auch auf die Bedeutung des romantischen Narrativs vom „Leiden“, insbesondere auch der Parteivertreter. Gerade die tschechischen Sozialdemokraten verknüpften das soziale erfolgreich mit dem nationalen „Leiden“.

JUDIT PÁL (Cluj) befasste sich mit den Eliten und der Parteienmobilisierung Mitte des 19. Jahrhunderts in Siebenbürgen. Ausgehend von der Wende 1848, als sich der nationale Gedanke in allen Gesellschaftsschichten verbreitete und es in Siebenbürgen zu einem blutigen Bürgerkrieg kam, zeichnete sie die Mobilisierungsstrategien der jeweiligen ethnischen Eliten sowie die Genese politischer Parteien nach. Eine wichtige Rolle kam dabei nationalen Symbolen (z.B. Fahnen) und Ritualen zu.

Den Abschluss des Panels bildete ein Beitrag von JAN ZOFKA (Leipzig) über den (post-) sowjetischen Separatismus in Trans-

nistrien. Anhand des Stahlwerks in Rybnica (Říbnířa) analysierte er die Grundlagen politischer Mobilisierung in sowjetischen Industriebetrieben während der Perestrojka und der Transformationskrise. Zofka sah in den sowjetischen Betriebsstrukturen mit ihren hierarchischen Machtverhältnissen, einer betrieblichen Daseinsvorsorge und in der Spezifik der politischen Elitenrekrutierung die strukturellen Grundlagen für die Mobilisierung der Arbeiter. Durch die Marktreformen und die Wirtschaftskrise hatte sich insbesondere die Machposition der Direktoren gestärkt. Zugleich hatten die Reformen, die neuen marktwirtschaftlichen Elemente und die Transformationskrise die soziale und wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter erhöht und sie noch anfälliger für den Druck der Betriebsleitung gemacht.

In der Diskussion wurde u.a. nach dem ethnischen Faktor gefragt (Buzogány), zumal Transnistrien als das „sowjetischste“ Stück der Sowjetunion galt. Zofka führte aus, dass im Betrieb ethnische Aspekte nicht entscheidend waren. Die Mobilisierung erfolgte in konkreten sozialen Räumen, in den Betrieben wurde Russisch gesprochen und die Proteste liefen übernational, wobei viele Führungspersonen Moldauer waren.

Am Freitagmorgen befasste man sich in der vierten Sektion mit externen Faktoren und der Mobilisierung in politischen Übergangsphasen. STEFAN THIERFELDER (Aalen/Greifswald) erläuterte die Mobilisierungspraktiken des Ostdeutschen Heimatdienstes in der Zeit vom Kriegsende bis zur Volksabstimmung (1919-1920). Er zeigte die Handlungsmotivationen auf ausgehend vom Bedrohungsgefühl, über die Reaktion auf die sich entwickelnde internationale Lage, die Mobilisierung und die Konsolidierungsphase bis hin zum eindeutig für Deutschland ausfallenden Plebiszit. Thierfelder konstatierte auf Seiten der Akteure eine emotionale Handlungsmotivation mit einer rationalen Handlungsweise. Die Mobilisierung erfolgte im halbstaatlichen öffentlichen Raum, wobei die Verteidigung der Heimat als Territorium der Volksgemeinschaft die ausschlaggebende Handlungsideologie darstellte.

HERMANN BEYER-THOMA (Regensburg/München) analysierte im Anschluss die

Neupositionierung der Sozialdemokratischen Partei Finnlands in den „Jahren der Gefahr“ (1944-48). Die sozialdemokratisch geführte Arbeiterbewegung war nun in den nationalen Konsens integriert, während der kommunistische und linksradikale Teil mit dem Kriegsgegner identifiziert wurde und somit außerhalb des nationalen Konsenses stand. Dabei waren die entscheidenden Akteure junge Männer, die im Krieg die Gehorsam-Befehl-Struktur verinnerlicht hatten und nun mit effizienter Organisationsarbeit ansetzen konnten. Zudem hatten sie aus dem Krieg ein stark ausgeprägtes Freund-Feind-Schema übernommen und lehnten lange, als ineffizient empfundene Diskussionen ab. Insgesamt wandten die Sozialdemokraten neue Mobilisierungsformen an, sowohl hinsichtlich Stimmungen als auch im Hinblick auf Habiti. Neu waren ferner die Einbindung von Frauen und Jugendlichen in die politische Arbeit sowie der Rückgriff auf konspirative, informelle Netzwerke.

Anschließend wurde in der Diskussion u.a. das Außerachtlassen von Faktoren wie sozialem Druck und physischer Gewalt beanstandet. Thierfelder erwähnte, dass man auf deutscher Seite häufig von einer übertriebenen Gewaltanwendung durch Polen ausgegangen sei. Der Heimatdienst selbst übte keine physische Gewalt aus, jedoch führte seine Agitation durchaus zu Erniedrigungen der polnischen Bevölkerung oder gar zur Entladung von Gewalt. Generell wurden Polen als Fremde und Andere dargestellt, während die protestantischen Masuren und die katholischen Ermländer versuchten, ein einigendes „Wir“-Gefühl zu kreieren. Beyer-Thoma ergänzte, dass sozialer Druck und Gewaltanwendung in der Arbeiterbewegung durchaus üblich waren. Insbesondere den Kommunisten wurde das Anwenden physischer Gewalt unterstellt.

Die politische Mobilisierung in den neuen Nationalstaaten der Zwischenkriegszeit stand schließlich im Fokus des fünften Panels. Hier machte ROMAN HOLEC (Bratislava) den Anfang mit einer Analyse des Bundes der slavischen Agrarjugend innerhalb der internationalen Agrarbewegung (1924-1938). Der Bund erstrebte eine Agrodemokratie. International vernetzt mobilisierte der Bund über

Vorträge und Schulungen, Publikationen, Exkursionen und Kongresse, wodurch auch ein Ideenaustausch und Erfahrungstransfer erfolgte. Der Bund schuf zudem eigene Rituale wie beispielsweise das Pflanzen sog. slavischer Linden, das Errichten slavischer Steinsäulen oder das Abhalten von bäuerlichen Festen, auf denen Bauernreiter in künstlich kreierten Trachten sehr populär wurden. Insgesamt war der Bund stark slavisch ausgerichtet. Er förderte die Volkskunst, Volkslieder, Sitten und Bräuche oder edierte verschiedene bäuerliche Literatur wie auch ein Handbuch zum Abhalten von Bauernversammlungen.

FLORIAN KÜHRER (Wien) befasste sich in seinem Referat mit der Rumänischen Nationalpartei und der Integration Siebenbürgens in den rumänischen Staat. Er zeichnete die Entwicklung nach von einer Ethnopartei über eine Regionalpartei bis hin zu einer „gesamtrumänischen“ Massenpartei. Nach dem Ersten Weltkrieg wandelte sich die Partei in inhaltlicher und strategischer Hinsicht. Während des in den 1920er-Jahren laufenden Transformationsprozesses weitete sie ihren Aktionsradius aus und setzte nach der Fusionen mit der Bauernpartei zur „Nationalen Bauernpartei“ (1926) auf Dezentralisierung und eine wirtschaftliche Öffnung des Landes. Sie konnte zwar zeitweise die Regierung stellen, doch scheiterte sie schließlich 1933 wegen der Weltwirtschaftskrise und ihren innenpolitischen Folgen sowie aufgrund interner Richtungsstreitereien mit ihren Plänen zur Reorganisation des Landes.

Anschließend setzte sich VASILE CIOBANU (Sibiu) mit der politischen Entwicklung in Rumänien während der Weltwirtschaftskrise (1929-1933) auseinander und erläuterte dabei das Krisenmanagement der Regierungen sowie die Aktivitäten der Oppositionsparteien.

OSKAR MULEJ (Budapest/Ljubljana) analysierte die Mobilisierungsstrategien der Jugoslawischen Nationalpartei (1932-1935), die als einzig zugelassene Partei zum einen als Legitimationsmittel für das Regime Alexanders I. diente, zum anderen als bedeutendste Vertreterin der Idee des integralen jugoslawischen Nationalismus fungierte. Ihre Akteure kamen aus verschiedensten ideologischen Richtungen und wurden allein durch den Wil-

len zur Macht geeint. Die Partei versuchte, über verschiedene bürgerliche und unpolitische Organisationen (z.B. Turnverein „Sokol“) sowie über paramilitärische Abwehrvereine („Narodna odbrana“, „Tschetniks“) Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen und wollte insbesondere die Jugend im integralen jugoslawischen Geist erziehen. Gegenüber Andersdenkenden arbeitete sie mit radikaler Zuspitzung und repressiven Maßnahmen. Als „Systempartei“ standen ihr zwar eigentlich alle Mittel zur Verfügung, doch konnte sie die Gesellschaft nicht dauerhaft mobilisieren.

ULF BRUNNBAUER (Regensburg) betonte in seiner Zusammenfassung der Tagungsergebnisse die Wichtigkeit eines interdisziplinären Austauschs. Dieser sei zwar aufgrund des „Zwangskorsetts der eigenen Disziplin“ nicht immer einfach umsetzbar, aber gleichwohl sehr gewinnbringend. Auch könne das Spannungsverhältnis zwischen *legacy* bzw. „historischer Erbschaft“ und situativer Logik sehr produktiv sein. Trägerschichten der *bottom up*-Proteste seien offensichtlich häufig junge Menschen mit guter Ausbildung sowie das gesättigte Bürgertum. Er merkte kritisch an, dass in den Tagungsbeiträgen ausschließlich konkrete Fallbeispiele politischer Mobilisierung analysiert wurden und dabei der vergleichende Aspekt noch zu sehr im Hintergrund stand. Insgesamt müsse man sich gerade auf dem zweiten Tagungsteil in Regensburg noch stärker mit Verflechtungen, Ideen- und Erfahrungsaustausch auseinandersetzen. Gerade Netzwerke und ihre Analyse seien extrem wichtig, aber auch die Organisation sozialer Beziehungen wie am Beispiel des Stahlwerks Rybnica deutlich wurde. Darüber hinaus müsse die emotive Seite genauer berücksichtigt werden, da gerade das Gefühl der Bedrohung ein wichtiger Faktor politischer Mobilisierung sei. Brunnbauer sprach an, dass sich – ähnlich wie die Abbildbarkeit von Beziehungen – auch das konkrete Festmachen von Emotionen in den historischen Quellen problematisch gestalte. Jedoch könnten hier Visualisierungen (z.B. auf Plakaten) hilfreich sein. Insgesamt müsse die Rolle von Bildern für politische Mobilisierung stärker in den Focus genommen werden. Deutlich sei auf der Tagung ferner geworden, dass sich auch die Geschichtswissenschaft der neuen Medi-

en (z.B. Facebook) annehmen müsse – wenn auch persönliche Kontakte in der *face to face*-Kommunikation nach wie vor ausschlaggebender für den Erfolg der Mobilisierung seien. Insgesamt bleiben somit für den zweiten Teil der Tagung, der für Februar 2014 geplant ist, noch anspruchsvolle, ehrgeizige Aufgaben und Ziele zu meistern, insbesondere hinsichtlich der intendierten Modellbildung. Eine Publikation der Beiträge der Doppeltagung ist angedacht.

Konferenzübersicht:

Peter Haslinger (Marburg/Gießen): Begrüßung und Einführung

Petra Stykow (München): Politische Partizipation in Ostmittel- und Südosteuropa heute: Gibt es einen langen Schatten der sozialistischen Vergangenheit?

Sektion: Krise und Radikalisierung als aktuelles Politikphänomen

Moderation: Ulf Brunnbauer

Aron Buzogany (Speyer): Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft: Radikal-nationale Bewegungen in Ungarn

Philipp Karl (Budapest): Das subkulturelle Netzwerk um Jobbik - entstanden als Antwort auf die Krise?

Adam Slaby (Chemnitz): Die gegenwärtige politische Mobilisierung in der Tschechischen Republik als Spiegelbild einer politisch-gesellschaftlichen Krise

Mihai-D. Grigore (Mainz): Moldawien zwischen Nationalismus und Europäizität. Überlegungen zu den politischen Ereignissen seit der Wahl im April 2009

Sektion: Symbolische Ressourcen politischer Mobilisierung

Moderation: Peter Haslinger

Florian Peters (Berlin): Geschichte und Erinnerung als Mobilisierungsressourcen der polnischen Oppositionsbewegung der 1970er und 1980er Jahre

Oleksandr Svyetlov (Riga/Kiev): Propaganda and Mass Mobilisation during the 'Orange Revolution'

Sektion: Spät- und postimperiale Kontexte

Moderation: Eszter Gantner

Jakub Benes (Birmingham): Narrating Utopia into History: Czech and German Social Democracy in Austria, 1890-1914

Judit Pal (Cluj): Eliten und Parteienmobilisation in Siebenbürgen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Jan Zofka (Leipzig): (Post-)Sowjetischer Separatismus im Dnjestr-Tal in Moldova: Grundlagen politischer Mobilisierung in sowjetischen Industriebetrieben während Perestrojka und Transformationskrise

Sektion: Externe Faktoren und Mobilisierung in politischen Übergangsphasen

Moderation: Petra Stykow

Stefan Thierfelder (Aalen): Der Ostdeutsche Heimatdienst. Ostpreußen zwischen Weltkriegsende und Volksabstimmung 1919-1920

Hermann Beyer-Thoma (Regensburg): Von der „Waffenbrüderschaft“ zur Abwehr des „Tschechoslowakischen Weges“. Die Neuaufstellung der Sozialdemokratischen Partei Finnlands in den „Jahren der Gefahr“ 1944-1948

Sektion: Parteien in den neuen Nationalstaaten der Zwischenkriegszeit

Moderation: Birgit Vierling

Roman Holec (Bratislava): Der Bund der slawischen Agrarjugend als Bestandteil der internationalen Agrarbewegung (1924-1938)

Florian Kühner (Wien): Die Rumänische Nationalpartei, ihre Protagonisten und die Integration Siebenbürgens in den rumänischen Staat. Institutionelle Zentralisierung und politischer Regionalismus in der Krise

Vasile Ciobanu (Sibiu): Politische Parteien aus Rumänien während der Wirtschaftskrise 1929-1933

Oskar Mulej (Ljubljana): Mobilisierungsstrategien der Jugoslawischen Nationalpartei 1932-1935

Ulf Brunnbauer (Regensburg): Zusammenfassung und Ausblick

Tagungsbericht *Politische Mobilisierung in Ostmittel- und Südosteuropa*.
13.06.2013–14.06.2013, Marburg, in: H-
Soz-Kult 13.09.2013.